

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 111

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 45.—
monatlich M. 15.—

Halver
Freitag, den 12. Mai 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
60 Pfg., auswärts 70 Pfg., im Restemittel 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Meine Zeitung für eilige Leser.

- * Die deutsche Regierung hat der Reparationskommission eine Note mit neuen Vorschlägen zur Regelung der deutschen Zahlungsverpflichtungen überreichen lassen.
- * Nach amerikanischen Blättermeldungen soll durch amerikanische Banken eine internationale Anleihe von etwa 5 Milliarden Goldmark für Deutschland aufgebracht werden.
- * Die Konferenz von Genua soll zwischen dem 20. und 25. Mai zu Ende gehen. Gegenwärtig schweben in Genua Verhandlungen mit den Russen unter deutscher und italienischer Vermittlung.
- * Italien und England bereiten ein allgemeines politisches und wirtschaftliches Abkommen miteinander vor, durch welches die italienische Stellung am Mittelmeer garantiert werden soll.
- * Die Regierung der Vereinigten Staaten ließ erklären, daß die Haltung der Alliierten gegenüber der Sowjetregierung in Genua sich in Übereinstimmung mit der amerikanischen Politik befindet.
- * Der Reichstag nahm am Mittwoch seine Sitzungen mit der Beratung des Etats des Verkehrsministeriums wieder auf.
- * Im Ruhrgebiet sind Einigungsverhandlungen im Gange, um die Gefahr eines Generalstreiks zu beseitigen.

Lohn und Brot.

Ein volkswirtschaftlicher Mitarbeiter schreibt uns aus Berlin:
Während die neue Beamtenbesoldung, der der Reichsrat mit rückwirkender Kraft vom 1. Mai fassen zugestimmt hat, sehr erhebliche Teuerungszuschläge zu den Grundgehältern vorsieht, hat der Hauptausschuß des Reichstages sich mit den Möglichkeiten beschäftigt, die Lebenshaltungskosten nach Möglichkeit niedrig zu halten. Die Getreideumlage in ihrer bisherigen Form hat die Brotversorgung aus Inlandsproduktion nicht sicherstellen können, während die Preise auch für das aus der Umlage entstammende Brotgetreide für den Verbraucher sehr bedeutend in die Höhe gegangen sind. Der Reichsernährungsminister Professor Fehr hat sich dafür ausgesprochen, die Sicherstellung von Brotgetreide im Umfange der vorjährigen Erfassung aufrechtzuerhalten, der Hauptausschuß des Reichstages hat indessen einen Zentrumsantrag angenommen, nach dem die Getreideumlage in der bisherigen Form nicht möglich sei, daß sich aber dafür entschieden, zur rechtzeitigen Sicherstellung einer genügenden Brotreserve unter Berücksichtigung des Brotpreises für Minderbemittelte seine Zustimmung zu geben.

Die Zwangswirtschaft wird also auch in dem Zweige demnächst abgebaut werden, in dem sie zuerst eingeführt wurde. Nach ihrer Rückkehr sehnt sich bei den bürgerlichen Parteien niemand, und Anträge von sozialistischer Seite, sie beim Brotgetreide beizubehalten und auch noch für Kartoffeln eine Umlage vorzusehen, sind sowohl von der Regierung wie vom Hauptausschuß abgelehnt worden, wenigstens von wirksamen Maßnahmen herbeizuführen könnte, den Zucker in Kartoffeln sowohl wie in Zucker zurückzuführen. Aber man darf sich darüber keiner Täuschung hingeben, alle die Schritte, die von der Regierung unternommen werden, können der stetigen Weiterentwicklung nicht entgegenwirken. Auch der Hauptausschuß des Preussischen Landtages hat sich mit den ersten Nahrungsmitteln des deutschen Volkes befaßt und dabei festgestellt müssen, daß die Ernteausichten wenig günstig sind. Das ist ein Moment für ein weiteres Anwachsen der Preise, das auch ohnehin wegen der weiteren Verschlechterung des deutschen Geldes vorwärtsschreitet. Gegenüber der Verteuerung des täglichen Brotes gibt es infolgedessen augenblicklich kein anderes wirksames Mittel, als Lohn- und Gehaltssteigerungen.

Zum erstenmal seit dem Kriege hatte die Reichsregierung den inneren Etat in Einnahme und Ausgabe ausgeglichen. Jedoch schon, als er dem Reichstage zugehen, hatte man die schwersten Bedenken dagegen, ob die Berechnung für dieses Jahr mit der Wirklichkeit in Übereinstimmung bleiben würde. Reichsfinanzminister Hermes hat zwar erklärt, daß die Einnahmen der Steuern die Ausgaben übertrafen, aber die Milliardenlücken, die dabei genannt wurden, verschwinden gegenüber den Summen, die das Reich zur Erhöhung der Beamtenbesoldung ausgeben muß. Es ist durchaus notwendig, daß die Beamten von ihren Bezügen existieren können, es ist aber volks- und staatswissenschaftlich keine erfreuliche Erscheinung, daß die Bezüge in ganz kurzen Fristen um ein Vielfaches des Friedensjahresgehalts erhöht werden müssen. Man hat sich daran gewöhnt, in den Etats große Milliardensummen zu sehen, man kann die Geldentwertung aber an einem kleinen Beispiel des täglichen Lebens viel besser beurteilen. Wenn man berechnet, daß nach der neuen Gehaltsnorm ein verheirateter Postkassierer mit zwei Kindern vom 1. Mai ab ein Gehalt von jährlich 55 560 Mark erhält, so ist diese Summe nur ein schwacher Trost für den Empfänger, weil in demselben Augenblick, in dem diese Erhöhung zu wirken beginnt, automatisch sich das ganze Leben um mehr verteuert, als die Gehaltszulage ausmacht.

Das Reich kann diese Mehraufwendungen nicht anders als durch Tarifsteigerungen auszugleichen versuchen, und die allgemeine neue Belastung, die demnächst bevorsteht, ist so ungeheuer, daß man die schwersten Auswirkungen auf die Lage der Beamten und sämtlicher Lohnempfänger befürchten muß. Niemand will sich der Besoldungserhöhung widersetzen, aber ein jeder weiß, daß das Reich dadurch nur in um so größere Rote hineingerät und daß die Reichsbetriebe um so unproduktiver arbeiten müssen, je mehr für die Beamten aufgewendet werden muß. Die Beamtenbesoldungserhöhung wird aber auch aus einem anderen Grunde zur Gefahr. Jede Tarifsteigerung bringt eine Verkehrsverminderung mit sich und die Verkehrsverminderung macht einen gewissen Prozentsatz der Beamten künftig überflüssig. Bei allen Bemühungen um eine Reorganisation der Reichsbetriebe bleibt das

Verhältnis zwischen Arbeitsbedarf und Arbeitskräften eine große Rolle, und die eigentliche Reorganisation müßte man daher bei der Erzeugung der Nahrungsmittel einsehen lassen. Deshalb erscheinen die darauf abzielenden Maßnahmen als das wirksamere Mittel zur Bekämpfung eines akuten Notstandes, wenigstens auch damit der Geldentwertung noch kein Riegel vorgeschoben ist.

Die neuen Erhöhungen bei der Eisenbahn.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wird sich die Erhöhung der Eisenbahntarife, die am 1. Juni in Kraft treten soll, nicht auf die Tarife für den Fernverkehr von Personen erstrecken. Die bereits angekündigte Erhöhung der Preise im Lokalverkehr wird durchgeführt. Mit Rücksicht auf den Fernverkehr wird aber keine Erhöhung des Personentarifs im Fernverkehr in diesem Sommer erfolgen. Dagegen wird voraussichtlich die Erhöhung der Gütertariife bereits für den nächsten Monat vorgenommen, weil die Kosten der Kohlenpreiserhöhung vom 20. April und die der Besoldungserhöhung nicht gedeckt sind. Das Ausmaß dieser Tarifsteigerungen steht aber noch nicht fest.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Ein Jahr Kabinett Wirth.

Am 10. Mai vorigen Jahres übernahm der damalige Reichsminister Dr. Wirth in den kritischen Tagen der Unterzeichnung des Londoner Ultimatus das Amt des Reichskanzlers. Aus Anlaß des einjährigen Bestehens seiner Regierung, die inzwischen verschiedene Änderungen erfahren hat, geben die der Regierung nahestehenden Blätter der freisinnigen Zeit, die der Kanzler zu übersehen hatte und würdigen das Programm der „Erfüllungspolitik“, welches er selbstem vertreten und gegen viele Angriffe verteidigt hat. Seit der Revolution hat noch kein Kanzler dieses Amt so lange wie Dr. Wirth innegehabt.

Die obersteinsten Aufwandschäden.

Die Interalliierte Kommission in Oberösterreich fordert bekanntlich die Bezahlung der polnischen Aufwandschäden aus deutschen Einnahmen. Daraufhin hat die deutsche Regierung den Kabinetten in London, Rom und Paris eine neue Note zugehen lassen, in der erklärt wird, daß diese Forderung gegen den Versailler Vertrag verstoße, der nur obersteinsten Gelder für die Befähigungs- und Verwaltungskosten vorsieht. Schon diese übersteigen die deutschen Einnahmen bei weitem. Die deutsche Regierung müßte also außer diesem Fehlbetrag auch noch die sich auf mehrere Milliarden belaufenden Aufwandschadenssumme aufbringen. Am Schluß der Note weist die deutsche Regierung darauf hin, daß die Regelung der Aufwandschäden inzwischen dringend geworden ist, da die Notlage der betroffenen Bevölkerung sich sehr verschärft hat.

Deutsch-Oesterreich.

X Kredite und Beamtenforderungen. Bundeskanzler Schober berichtet in Wien über die Kreditverhandlungen, daß Oesterreich von der ihm vom Völlerbund erteilten Ermächtigung Gebrauch mache; es habe erreicht, daß der Gouverneur der Bank von England es unternommen hat, Verhandlungen über größere Privatkredite an Oesterreich zu veranlassen und unter seinem Schutz zu nehmen. Im Zusammenhang damit warnte der Bundeskanzler davor, auf die Kreditverhandlungen in London, sowie auf die Rückstellung der Pfandrechte durch eine Komplikation der Beamtenfrage schädigend zu wirken. Die Vertreter der Bundesbeamten brachten jedoch der Regierung zur Kenntnis, daß die Beamtenorganisationen ihre Forderungen völlig aufrechterhalten und die Einleitung sofortiger Verhandlungen verlangen.

Dänemark.

X Das abgetretene Nordschleswig. Im Kopenhagener Folgething wird jetzt der neue deutsch-dänische Vertrag beraten. Der deutsche Vertreter von Nordschleswig erklärte, daß der Vertrag einen Teil der Wunden, die die neue Grenzziehung geschlagen hat, in zweifelhafte Behandlung nimmt und daher als Schritt angesehen werden darf, der einen Teil von Störungen zwischen beiden Staaten befeitigt. Auch der Minister Scavenius führte aus, daß die Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben, das geeignet sei, den Geist der Versöhnlichkeit zwischen dem deutschen und dem dänischen Volke zu stärken. Zwischen den Regierungen der beiden Länder herrschen gute und freundschaftliche Beziehungen.

Aus In- und Ausland.

Braunschweig. Die braunschweigischen Mehrheitssozialisten haben sich dahin ausgesprochen, unter gewissen Bedingungen bei der Regierungsbildung in eine Koalition mit Demokraten und Deutscher Volkspartei einzugehen. Sie sind bereit, hierüber Verhandlungen einzuleiten.

Memel. Die von der Arbeitsgemeinschaft für den Freistaat Memelland unter den wahlberechtigten Einwohnern veranstaltete Unterschriftensammlung aller derer, die sich für den Freistaat Memelland erklärten, hat ergeben, daß sich von der rund 140 000 Köpfe zählenden Bevölkerung des Memellandes 54 429 für den Freistaat eingeschrieben haben; das ist fast die gesamte auf etwa 56 000 Köpfe veranschlagte stimmungsberechtigte Bevölkerung.

London. In England werden voraussichtlich am 29. Juni große gegen den Krieg gerichtete Kundgebungen stattfinden, an deren Vorbereitung die Frauenwelt, ehemalige Kriegsteilnehmer, die Kirche, die Arbeiterparteien und Vertreter der Literatur regen Anteil nehmen.

Deutscher Reichstag.

208. Sitzung. CB. Berlin, 10. Mai
Nach einer durch die Konferenz von Genua verlängerten Unterbrechung hat der Reichstag heute seine Sitzungen wieder aufgenommen. Die Abgeordneten waren dazu in großer Zahl erschienen. Eröffnet wurde die heutige Sitzung mit einem Ausruf, den der Präsident Loebe dem verstorbenen sozialistischen Abgeordneten Hue widmete. Die an erster Stelle der Tagesordnung stehende Interpellation der Deutschen Volkspartei, die Aufklärung darüber verlangt, ob tatsächlich von England und Frankreich geplant sei, die Rheinlande in ähnlicher Weise wie das Saargebiet zu neutralisieren, wird von der Regierung, wie sie erklären ließ, in der Geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden. Hierauf kam man zur zweiten Beratung des

Haushalts des Reichsverkehrsministeriums.

Der Ausschuss hat die Einnahmen aus dem Güterverkehr um fast 4 Milliarden höher als die Regierung veranschlagt. An den höheren Beamtenstellen hat der Ausschuss viele Streichungen vorgenommen. So sollen künftig wegfallen 4 Ministerialdirektoren, 15 Ministerialräte, 12 Oberregierungsräte, 20 Ministerialamtmänner, 4 Regierungsräte und verschiedene andere Stellen. Wesentliche Erhöhungen beantragte der Ausschuss bei den Kinderzulagen und Ausgaben zur Vermehrung der Bohnengelegenheiten für Reichsbahnbedienstete. Ferner hat der Ausschuss mehrere Entschärfungen angenommen, in denen die Regierung ersucht wird, in den Industriegebieten für den Arbeiterverkehr einen Vorratstank einzuführen, ferner den Vorratstank auch mit Rücksicht auf die Siedlungen auszuweiten und den Betrieb der Schlafwagen wieder von den Reichseisenbahnen zu übernehmen. Außerdem beantragte der Ausschuss für Bildungswesen Fahrpreiserhöhung für den Besuch von Religionsunterricht, von Veranstaltungen der Jugendpflege, gemeinnützigen Bildungsanstalten und für Beihilfen. Dazu erklärte ein Regierungsvertreter, daß die Regierung außerstande sei, diesen Wünschen entgegenzukommen, bevor nicht die finanzielle Wirkung ausreichend berechnet sei.

Abg. Brunner (Soz.) verlangte von der Verwaltung größeren Geschäftssinn. Die Schlafwagen könnten in den Betrieb der Verwaltung übernommen werden, ebenso die Reisebüros. Die Arbeitsleistungen in den Betriebswerkstätten hätten den Friedensstand erreicht, zum Teil überschritten, daß sei die günstige Wirkung des Achtstundentages. Der Achtstundentag sei für Deutschland Gesetz und dürfe nicht vom Minister durch ein Arbeitszeitgesetz durchbrochen werden.

In seinen weiteren Ausführungen verurteilte Abg. Brunner scharf die im Anschluß an den Eisenbahnerstreik vorgenommenen Beamtendisziplinierungen. Schließlich trat er entschieden den Bestrebungen entgegen, die die Reichseisenbahn dem Privatkapital ausliefern wollen.
Abg. Hoelle (Zentr.) betonte, der gegenwärtige staatsbureaucratische Betrieb der Reichsbahn könne nicht die Betriebsform der Zukunft sein. Andererseits lehne er eine reine Privatisierung der Eisenbahn entschieden ab. Alsdann beschäftigte sich der Redner eingehend mit den Verhältnissen der Beamten und Angestellten bei der Reichsbahnverwaltung. Die Verhandlungen zogen sich noch geraume Zeit hin.

Neue Verhandlungen mit den Russen.

Die Deutschen als Vermittler.

Die russische Antwort auf das Memorandum der Alliierten ist im Wortlaut immer noch nicht bekannt, aber man glaubt zu wissen, daß die Russen sämtliche Bestimmungen der Denkschrift mit Ausnahme der Artikel 1 und 7 (Propaganda und Eigentum) annehmen. Sie würden außerdem die bedingungslose Zustimmung einer Anleihe von 200 Millionen Pfund zu erhalten. In der englischen und italienischen Delegation scheint man mit einer solchen Antwort durchaus zufriedengestellt zu sein. Man sieht weitere Verhandlungsmöglichkeiten vor sich, und die Gefahr einer Krise ist zunächst beseitigt. Gleichzeitig hörte man von

erfolgreichen Vermittlungsversuchen Schanzers, nicht nur bei den Russen, sondern auch bei den Belgiern, sowie von einer Formel, die gefunden worden sei, und die auch Belgien und Frankreich den Beitritt zu den Vorschlägen im Memorandum gestatten würde. Schanzer erklärte, daß er trotz der gewiß noch kritischen Lage an einen möglichen Ausgleich der Gegensätze zwischen den Russen und den anderen Konferenzteilnehmern glaube. Das Ende der Konferenz sehe er ungefähr für den 20. Mai, spätestens für Monatschluß voraus. Der russische Delegierte Kallowski erklärte, daß die Antwortnote der russischen Delegation sich auf durchaus praktischen Bahnen bewege und eine Grundlage für weitere Diskussionen bilden werde. Allerdings müßte die russische Delegation die Forderung Barthous nach einem endgültigen Ja oder Nein ablehnen.

Ein französischer Korrespondent berichtet aus Genua, wie sehr sich dank der Ungeschicklichkeit Barthous die Lage für die Deutschen in Genua verändert habe. Nach dem Vertrag von Rapallo habe man sie feierlich aus den russischen Verhandlungen ausgeschlossen und heute seien sie die gesuchtesten und beschäftigtsten Vermittler in der russischen Frage; sie seien sogar von der Ratgeber und Botschafter Lord Georges an Tischsicherin geworden und spielten die wichtigste Rolle hinter den Kulissen! — Der Mann überreißt natürlich, weil er sich ärgert.

Franzosen und Engländer.

Die französische Regierung verkündet amtlich, sie sei fest entschlossen, ihre Solidarität mit Belgien aufrechtzuerhalten. Die Vorwürfe, die ein Teil der englischen Presse deshalb erhebt, seien wirklich übertrieben. Die Entente zwischen zwei Ländern habe niemals die Unterordnung des einen unter den andern bedeutet, und Frankreich habe, indem es sich nach Genua begab, nicht beabsichtigt, seine Handlungsfreiheit aufzugeben. Man sei übrigens der Ansicht, daß die demnächstige Reise König Georges zum Besuch der britischen und der französischen Soldatenfriedhöfe Gelegenheit bieten werde, die beiden Länder an die gemeinsamen Opfer zu erinnern, die sie miteinander verbinden. — Demgegenüber soll ein englisches Parlamentsmitglied betont haben, man solle sich in Frank-

reich seiner Ausführung hingeben. Mit Ausnahme einiger „Schreibhölzer“ habe Lloyd George alle lebenden Kräfte seines Landes hinter sich. Die englische Politik werde stets dieselbe bleiben: Handel zu treiben oder unterzugehen!

Die Wünsche des Papstes.

In einem Briefe des Papstes über die Verhandlungen mit den Russen wird der Wunsch geäußert, daß in das Abkommen, das zwischen den in Genua vertretenden Staaten abgeschlossen werden wird, folgende drei Klauseln aufgenommen werden: 1. volle Gewissensfreiheit für russische Bürger oder Ausländer soll von Rußland zugesichert werden. 2. Ferner soll die private und die öffentliche Ausübung der Religion und des Kultus zugesichert werden. 3. Die Immobilien, die irgendwelchen religiösen Gemeinschaften gehören haben oder noch gehören, werden ihnen zurückerstattet oder sollen ihnen verbleiben. Wahrscheinlich wird der Vatikan nicht auf der Beibehaltung des Punktes 3 bestehen.

Vor der Anleihe.

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 10. Mai.

Das Reparationsproblem, das in Genua nicht behandelt werden darf, tritt jetzt auf dem Wege der direkten Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission in Paris in ein neues, wahrscheinlich entscheidendes Stadium. Die Parteiführer des Reichstages sind am Dienstag von den Grundzügen einer neuen deutschen Note unterrichtet worden, die heute in Paris überreicht wird und in der das Reparationsproblem grundsätzlich behandelt wird. Bedeutend ist zunächst, daß die Regierung zwar ihre Bereitwilligkeit zur Bilanzierung ihres Etats erneut zum Ausdruck gebracht hat, daß aber andererseits die Forderungen der Reparationskommission nach 60 Milliarden neuer Steuern sowie die von ihr beabsichtigte Einrichtung einer Finanzkontrolle abermals abgelehnt werden.

Neben diesem negativen Teil, der der bisherigen Haltung der deutschen Regierung seit der letzten großen Kanzlerrede entspricht, müssen jedoch auch positive Vorschläge zur Lösung der Zahlungsfrage gemacht werden. Deren Einzelheiten werden bis zur Bekanntgabe des Wortlautes geheimgehalten, doch verspricht man sich auf Grund der wochenlangen Unterhandlungen des Staatssekretärs Vergmann in Paris von diesen Plänen, daß sie eine geeignete Grundlage für die neuen Verhandlungen abgeben werden, zu denen sich der Finanzminister Herr Meißner voraussichtlich am Freitag nach Paris begeben wird. Man erwartet, daß wir im Einverständnis mit der Reparationskommission zu einer Neuordnung unserer Zahlungen kommen, und daß zunächst besonders durch amerikanische Vermittlung eine internationale Anleihe für uns zustandekommt, welche es uns ermöglicht die an die Entente abzuführenden Barbeiträge für die nächsten Jahre ohne Aufwendung deutscher Mittel zu zahlen. Die Sachleistungen müssen natürlich dann auch weiterhin von deutschem Gelde bestanden werden. Eine amerikanische Meldung beziffert den zu erwartenden Kredit auf fünf Milliarden Goldmark. Der Plan sehe vor, daß die Reparationskommission und alle Länder, die sich an der Anleihe beteiligen würden, Obligationen auf 10 bis 20 Jahre ausgeben, die Deutschland garantieren werde. Deutschland werde den Zinsendienst der Obligationen mit Hilfe von verstärkter Industrieltätigkeit und neuen Steuern gewährleisten. Man nehme an, daß die französische Regierung mit dem Plane einverstanden sei.

Eine Anleihe von 5 Milliarden würde den deutschen Währungsplan nicht genügen, da wir, um für ausreichend lange Zeit Atempause zu haben, etwa das Doppelte brauchen. Es scheint für den Augenblick nach neutraler Schätzung aber nicht mehr möglich zu sein. Die Franzosen stellen sich allerdings auch jetzt noch auf den Standpunkt, daß sie auf das von uns verweigerte Kontrollrecht nicht verzichten könnten. Da jedoch, wie verlautet, die deutsche Antwort an die Reparationskommission nach vorheriger Fühlungnahme mit dem belgischen und dem englischen Mitglied der Reparationskommission abgefaßt worden ist, rechnet man jetzt mehr als vorher damit, daß eine Krisis am 31. Mai vermieden werden kann.

Veto.

Sotales und Provinzielles.

Halver, den 12. Mai 1922.

□ Reichsgesetzliche Unfallversicherung. Die Halter von Kraftfahrzeugen, Pferdebesitzer, Reit-, Renn- und Trabrennfahrer sowie von Wasserfahrzeugen werden daran erinnert, daß sie nach der Reichsgesetzlichen Unfallversicherung verpflichtet sind, die von ihnen beschäftigten Arbeitnehmer, und zwar nicht nur die Kraftwagenfahrer, Autos, Motorräder, Stollen, Roders, Bootstele, Bootsbauarbeiter

usw., sondern auch die zur Instandhaltung von Fahrzeugen und Pflege von Tieren nur ausnahmsweise herangezogenen Personen außer zur Kranken- und Invalidenversicherung auch zur berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung anzumelden. Die Unterlassung dieser Anmeldung kann mit empfindlichen Geldstrafen bestraft werden. Wer nicht weiß, bei welcher Berufsgenossenschaft die Anmeldung zu erfolgen hat, wende sich an die Genossenschaft für die Reichsunfallversicherung der Fahrzeuge und Reiterhaltungen, Berlin SW. 11, Kleinbeerenstraße 25, die nicht mit einer privaten Versicherungsgesellschaft zu verwechseln ist.

— Die Deutsch-Demokratische Partei hat für die Kreise Altena, Lüdenscheid, Iserlohn eine Arbeitsgemeinschaft gebildet. Auf ihrer Tagung am nächsten Sonntag in Altena spricht Herr Abg. Dr. Höpfer-Wischhoff über die neue Landgemeindef- und Städteordnung und über Gemeindefinanz im Verhältnis zum Land und zum Reich, und Herr Abg. Ziegler über die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen. Vorgelesen sind ferner Besprechungen über die zu erwartenden Gemeindefwahlen und über sonstige kommunalpolitische Angelegenheiten, sowie über Organisationsfragen.

— Halver, 11. Mai. Der Spiel- und Sportverein 1911 hielt am Dienstag auf der Carlshöhe eine Versammlung ab. Der Beratungsgegenstand bildete das am 17. und 18. Juni zu feiernde Sportfest. Die einzelnen Kommissionen wurden mit den Vorarbeiten zu dem Fest beauftragt.

+ Ennepe, 11. Mai. Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, veranstaltet der M.-G.-B. „Germania“-Hohentropfen am kommenden Sonntag in seinem Vereinslokal, Emil Schulte, Ennepe ein Konzert mit nachfolgendem Ball. Zur Mitwirkung ist die Feuerwehrkapelle Halver gewonnen, deren Leistungen ja als „gut“ bekannt sind. Nach dem vorliegenden Programm verspricht das Konzert ein recht unterhaltendes zu werden. Ein guter Besuch dürfte dem Verein gesichert sein, zumal die gegebenen Veranstaltung desselben als schön und recht gemächlich bekannt sind.

Meinerzhagen, 11. Mai. In der am 5. ds. Mts. stattgefundenen Sitzung der Gemeindevorstellung wurde folgendes beschlossen: Für die Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde Meinerzhagen sollen die erforderlichen Bedarfs- und Ausrüstungsgegenstände auf Kosten der Gemeinde beschafft werden. Zunächst sollen 350 Meter Schläuche beschafft und an die Wehren verteilt werden. Der Brandmeister Groll wurde beauftragt, festzustellen, ob noch weitere Ausrüstungsgegenstände erforderlich sind. Ein Zuschuß zur Anlage einer Wasserleitung in Willershausen-Scherl-Soltenberg wurde wegen des geringen Interesses der Bewohner dieser Ortschaften und wegen der hohen Baukosten abgelehnt. Für die zu errichtenden drei Doppel- und drei Einzelwohnhäuser wird der bereitgestellte Betrag von 2 130 000 Mark erheblich überschritten werden, doch war die Annahme der Vorlage erforderlich, weil alle Siedler den gleichen Anspruch auf Ausübung hatten. Für sieben Wohnhausneubauten bewilligte die Vertretung ein zinsloses Darlehen in Höhe von ein Sechstel des bereits gewährten Staatsdarlehens. Zwei Anträge auf Übernahme eines Baukostenzuschusses wurden vorläufig verlagert. An Stelle des zurückgetretenen Mitgliedes der Wohnungskommission Fritz Welschhold, wurde Schuhmachermeister August Böfinghaus gewählt. Für die ärztliche Schulrevision einschl. Urinuntersuchung wurde die Entschädigung für den Schularzt auf 5 Mark pro Schulkind und 15 Mark pro Doppelkilometer festgelegt. Dem Ziegenzüchterverein Meinerzhagen-Kierspe wurde für die Ziegenzucht in Schnörrenbach eine Beihilfe von 500 Mark bewilligt. Ferner wurde beschlossen, sich dem Vorgehen der Nachbargemeinden auf Sperrung auch des oberen Holmetales für Kraftfahrzeuge an Sonn- und Feiertagen anzuschließen. Den Fortbildungsschullehrern wurde für Erteilung des nebenamtlichen Unterrichts eine einheitliche Vergütung von 20 Mark pro Unterrichtsstunde gewährt. In geheimer Sitzung wurde sodann über Unterstützungsanträge verhandelt.

Ihre Brust hob sich, aus ihren Augen sprühte ein Tränen, eine Verzweiflung, die durch die ganzen letzten Worte hindurch in ihrem Heimgelächter gewachsen war.

„Ich lasse mir Kurt nicht nehmen!“ brach sie plötzlich brohend aus. „Wir gehören zusammen, er und ich, für immer! Niemand weiß das besser als Kurt selbst! Geben Sie mir die Tür frei! Ich will zu ihm, ob er mir ins Gesicht wiederholen wird, was Sie mir gesagt haben!“

Ein kurzes, feuchendes Schlucken kam aus ihrer Brust. Leichenblau fand sie in einem Stuhl, der Sturm ihres überreizten Empfindens faßte sie auf einmal in einem Wirbel, in dem sie widerstandslos versank.

„Erbarnten Sie sich!“ sagte sie dann mit gänzlich veränderten, gebrochener Stimme. „Ich kann nicht mehr. Lassen Sie mich zu Kurt! Ich muß ihn sehen! Zwei Tage bin ich ja wie wahnsinnig auf der Suche nach ihm durch Berlin herumgeirrt. Ich dachte ja nicht anders, als das er sich ein Leid angetan hätte.“

„Fräulein Walben!“

Mit zögernden Schritten war Lotte ganz nahe zu der Schauspielerin herangekommen und legte die Hand auf ihre zuckende Schulter.

„Fräulein Walben!“ wiederholte sie dann abermals. „Offenheit gegen Offenheit! Sie haben mich in Ihr Herz blicken lassen, hören Sie nun auch mich! Ich weiß nicht, ob Kurt Ihnen je von mir gesprochen hat! Sehen Sie, ehe Sie beide sich kennen lernten, war ich mit Kurt verlobt, ein ganzes, langes, glückliches Jahr! In Not und Leid, als mein Vater starb, und wir mit einem Schläge bettelarm wurden, hielt er treu zu mir! Bis Sie in sein Leben traten und ihn allmählich meinem Herzen entfremdeten! Und doch hab ich ihm immer noch vertraut, als er schon längst mit Herz und Sinn an der Ihre war! Weiß ich es nicht auszubedenken vermochte, nicht glauben wollte, daß diese Liebe je ein Ende nehmen würde! Bis dann der Tag kam, da auch der letzte Zweifel in mir schwand, da ich mich mit eigenen Augen überzeugen mußte, daß ich Kurt verloren hatte! Damals hab ich dem Dränger der Weimen nachgegeben und mich zu jener Verlobung treiben lassen, von der Sie soeben sprachen! Heute abend sollte unsere Hochzeit sein! Da führte mich das Schicksal zum letzten Male mit Kurt Rasmus zusammen; als zwei Verzweifelte, verirrte Menschen trafen wir uns, die nur noch den einen Wunsch hatten, ihr vernichtetes Dasein vor sich zu werfen! Diese Stunde im Angesicht des Todes, Fräulein

Meinerzhagen, 10. Mai. Bei Besprechung der Renovierung des Gemeindehauses, des alten Amtsgerichts, an der Oststraße, stellte sich heraus, daß die Gemeinde gemäß einem Vertrag mit der Regierung nur 650 Mark an Miete für die von Katasterbeamten bewohnten Wohnräume erhält, während die Diensträume von der Gemeinde unentgeltlich gestellt werden. Da die jährlichen Ausgaben für Reparaturen am alten Amtsgericht aber etwa 7000—8000 Mark betragen, der Vertrag mit der Regierung nach Ansicht verschiedener Gemeindeväter unannehmbar ist, soll das Amtsgericht, das etwa zwanzig Räume enthält, an die Regierung verpachtet werden, wenn die Erstreben eines zeitgemäßen Mietvertrages ohne Erfolg bleiben sollte.

Meinerzhagen, 10. Mai. Zum Landjägermeister für die Kemter Kierspe, Halver und Lüdenscheid wurde der Oberlandjäger Höft ernannt.

Bielefeld, 10. Mai. Das Minden-Ravensberger Land ist in den letzten Wochen durch die Anwesenheit eines Mannes beglückt worden, der vorgab, Medizin studiert und in Göttingen als Sanitätsrat praktiziert zu haben. Als seine Lebensaufgabe bezeichnet er es, die Menschen von schlimmen Krankheiten wie Krebs, Magenleiden, Halsleiden usw. zu heilen. Seine Heilmethode bestand darin, daß er auf seinen Fahrten durch die Lande sich hauptsächlich an die Frauenwelt wandte, ihr nach Anwendung der sogenannten Augenlinse allerlei Enthüllungen über Krankheitsercheinungen machte und schließlich — und damit kam er auf den Hauptzweck seines Besuches — den Patienten eine Kur mit einem Kostenaufwand von 350 Mark aufrichtete. Diese Kur bestand in der Verabfolgung von vier Paketen eines Harzer Gebirgskräutertees, die einen Wert von höchstens 20 bis 25 Mark darstellten, so daß der hilfsbereite Arzt bei 350 Mark Kurkosten einen außerordentlich lohnenden Gewinn machte. Auf die Geschichte sind zahlreiche Leute hereingefallen, denn als der Mann in Salzuflen festgenommen werden konnte, ergab sich nicht nur, daß man es mit einem Hausierer zu tun hatte, sondern auch, daß er Tageseinnahmen bis zu 3000 Mark verzeichnen konnte.

Minden, 10. Mai. Für das Frühjahrsturnier des Minden-Ravensberger Pferdezucht- und Reitervereins in Minden in Westf. am 26., 27. und 28. Mai haben sich mehrere der berühmtesten Turnier-Ställe zur Teilnahme gemeldet. Auch aus Landwirtschaftsreisen sind zahlreiche Kennungen bisher eingegangen, so daß sowohl für die Pferdezucht, als auch für die Pferdesport-Interessenten fesselnde Vorstellungen zu erwarten sind. Das Turnier ist für die deutsche, im besonderen für die Westfälische Pferdezucht von großer Bedeutung, da der Uberschuß aus dem Turnier für Zuchtzwecke verwendet wird.

Nach und Fern.

O Altwig v. Hirschfeld für geisteskrank erklärt. Der frühere Fähnrich Altwig v. Hirschfeld, der wegen seines Alkohols auf Erzbürger zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden war und sich seit dem Herbst vorigen Jahres zur Beobachtung seines Geisteszustandes in einer Freiburger Irrenanstalt befindet, ist jetzt auf Grund eingehender Gutachten der dortigen Ärzte für geisteskrank erklärt worden. Es soll bei den Berliner Strafvollzugsbehörden der Antrag gestellt werden, Hirschfeld mit Rücksicht auf seinen Zustand aus der Strafstift zu entlassen. Seine Strafe wäre bereits im Februar d. J. verbüßt gewesen, wenn der Aufenthalt in der Irrenanstalt auf die Strafstift angerechnet worden wäre. Inzwischen hat aber die Berliner Staatsanwaltschaft die Strafvollstreckung gegen ihn erneut eingeleitet. Falls Hirschfeld sich nicht freiwillig stellt, will die Staatsanwaltschaft einen neuen Haftbefehl gegen ihn erlassen.

Ein Dokumentenfälscher als Ententespäher. Ein gemeingefährlicher politischer Schädling ist in Berlin in der Person eines gewissen Erich Ansbach dingfest gemacht worden. Wie durch langwierige polizeiliche Ermittlungen festgestellt wurde, hat Ansbach, der sich den Dokortitel beigelegt hatte, in größtem Ausmaß politische Dokumente (z. B. angebliche Geheimbefehle verschiedener Ministerien, angebliche Protokolle des Reichskabinetts usw.) gefälscht und diese Urkunden den Ententestaaten in die Hände gespielt.

Walben hat unsern Bund neu geknüpft und keine Macht der Welt soll uns je wieder voneinander trennen! —

Eine lange Pause entstand. Von der Straße klangen die elektrischen Bahnen schallig heran, eine gedämpfte Stimme sprach auf dem Korridor. Dann wieder Stille.

Ellen hatte ihr Gesicht in den Händen vergraben, ein lautlos Schluchzen schüttelte zuweilen ihren schlanken Leib, als wäge sich der tiefe Sammer ihres Herzens nicht ans Tageslicht empor.

Mit jedem der einfach-rühigen Worten Lottes war die Erkenntnis in ihr gewachsen, daß jene beiden unaussprechlich und für alle Zeiten zusammengehörten, daß alles, alles für sie verloren war.

„Wenn Kurt doch tot wäre!“ rief sie plötzlich jäh und unvermittelt hervor. „Dann wüßte auch ich, was ich zu tun hätte, dann wäre auch mein Leben zu Ende! Ich kann es Ihnen ja nicht sagen, wie ich Kurt geliebt habe, wie ich ihn noch jetzt liebe! Vom ersten Augenblick an wußte ich, daß ich ihm verfallen war, daß ich ihn lieben mußte, mit der Gewalt eines Verhängnisses! Es hilft ja nichts, kein Vorwand, kein Wille, und wenn er riesenstark ist! Denn es ist das Glück, das lacht und winkt, und hinter einem ist Elend und Verzweiflung! Und so wirft man sein Leben hin für eine einzige Minute des Glücks!“

In tiefer Erschütterung lautete Lottes den Worten das unglückliche Mädchen.

So hatte auch sie einst mit sich selbst gerungen in jener dunklen Stunde am Gartentor der Rauchsträßenvilla.

„Ich danke Ihnen tausendmal, Fräulein Walben,“ sagte sie endlich, „daß Sie Kurt so lieb haben! Wenn Sie ihn aber wirklich lieben, dann lassen Sie ihn, lassen Sie ihn noch in dieser Stunde! Ich weiß, wie Kurt unter dieser Liebe gelitten hat, die ihre stärksten Wurzeln längst in seinem Herzen verloren hatte! Um ihrer willen wollte er zum Revolver greifen, weil er sich bewußt war, daß er Ihnen für Ihr großes, tiefes Empfinden nur ein Gefühl von Mitleid bieten konnte, und er sich zu einer lebenslangen Lüge unfähig dünkte! Vor-gestern haben Sie mich, haben Sie uns alle auf das tiefste erschüttert, als Sie im Spiel der Bühne freiwillig auf den Mann verzichteten, der an dieser Liebe zugrunde zu gehen drohte! Seien Sie auch jetzt stark, da das wirkliche Leben mit der gleichen Forderung an Sie herantritt!“

(Schluß folgt.)

Die Siegerin.

78) Roman von Hans Schulze-Sorau.

Kurt und bestimmt hatten die Worte von Lottes Lippen: „Sag mir, es ist Kurt, kein Zaudern mehr, jetzt muß ich die Augen um Auge mit der Rivalin den Entscheidungslampf um den Mann wagen, der selbst sein Leben für sie gewagt hatte.“

„Ich kenne noch niemand, der größere Rechte an Herrn Rasmus hat, als ich selbst!“

„Sie, mein Fräulein?“

In unvorhergesehenem Erschauen maß Ellen ihr Gegenüber, jetzt erst bemerkte sie, daß Lotte nicht die Schwestertracht der

„Mutter“ trug.

„Wer sind Sie überhaupt, daß Sie sich das Recht zu einer solchen Sprache nehmen?“

„Ich bin Lotte Hausmann. Kurt Rasmus' Braut!“

„Gott sei Dank! Nun war es herausgesagt, wie von einer Bergesflut befreit, atmete Lotte auf.“

„Ich bin Lotte Hausmann. Kurt Rasmus' Braut!“

Nur langsam ordneten sich die Vorstellungen in Ellens Sinn.

Lotte Hausmann, Lotte Hausmann?

Und plötzlich schloß sich diesem Namen ein anderer an, der in letzter Zeit so oft mit ihm in engster Verbindung genannt worden war.

Ein unbestimmtes Bangen ging auf einmal erschauernd durch Ellens Seele.

Sie fühlte, daß die nächsten Minuten ihr eine furchtbare Entscheidung bringen würden, daß sie ganz oben am Abhang eines bodenlosen Abgrundes stand und mit dem ersten Schritte schon in eine unergründliche Tiefe hinabzustürzen begann.

„Ich verstehe Sie nicht, mein Fräulein!“ sagte sie endlich, sich mit Anstrengung zusammenraffend. „Soviel mir bekannt ist, Fräulein Hausmann eines anderen Braut!“

„Sie war es bis zum gestrigen Tage!“ war die Antwort.

„Da trat Kurt Rasmus gestern und darum liegt er jetzt neben mir als ein todkrankender Mann.“

„Vom Blick getroffen, war Ellen bei diesen Worten zwei, drei Schritte zurückgefallen.“

„Da also war die Lösung des Rätsels, um die sie seit so langer Zeit mit Kurt gerungen.“

Kurt und diese andere mit dem Anblick voll süßer Mädchenhaftigkeit, die jetzt so klar und sicher vor ihr stand.

Sandwirtschaftliches.

3. Germanischer Bauern- und Landvolktongress für Nord- und Mitteleuropa.

Der 3. Kongress findet bekanntlich in Nürnberg in der Zeit vom 24. bis 27. Juni 1922 statt, und zwar unter Leitung der Herren: Dr. Noefke, Vorsitzender des Reichs-Landbundes, M. d. R. u. N. B. N., Abgeordneter Bayer-Eger vom Bund der Landwirte in Eger, Präsident des Bundes landwirtschaftlicher Genossenschaftsverbände in der Tschechoslowakei, Nationalrat Dr. Schönbauer-Wien, Mitglied des Landbundes Deutsch-Osterreich.

Die Hauptarbeit des Kongresses wird in vier Ausschüssen geleistet werden, für die die Vorberathungen davor im Gange sind, und deren Beratungsgegenstände wie folgt festgelegt sind:

1. Ausschuss: Produktionsförderung der Landwirtschaft. Dabei wird zugleich gesprochen werden über Zoll- und Handelspolitik und über einjährige Arbeitsdienstpflicht.
2. Ausschuss: Streitabwehr und Technische Nothilfe.
3. Ausschuss: Landwirtschaft und Steuergesetzgebung.
4. Ausschuss: In ihm sollen Landfrauenfragen behandelt werden, doch liegt über die Einzelheiten Genaueres noch nicht fest.

Aber Übernahme der Berichte und Gegenberichte in diesen vier Ausschüssen wird mit Sachverständigen Herren in Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei verhandelt. Die Namen werden noch bekanntgegeben. Die Ausschüsse treten am Montag, den 26. Juni, pünktlich früh 9 Uhr, in der Gaststätte „Zum Krolodil“ in vier verschiedenen Sitzungszimmern zusammen, so daß es ausgeschlossen ist, daß jemand gleichzeitig in mehreren Ausschüssen tätig ist. Deshalb ist auch für Mittagessen gesorgt, so daß dadurch die Weiterverhandlungen der verschiedenen Kommissionen wesentlich erleichtert werden.

Die neue Schlichtungsordnung.

Dem Reichstag ist kürzlich ein neuer (der dritte) Entwurf einer Schlichtungsordnung zugegangen, nachdem der Reichswirtschaftsrat zu dem vorhergehenden Entwurf der Regierung Stellung genommen hatte. Die früheren Einigungsämter sind in Schlichtungsämter umgetauft worden. Die Dreigliederung ist geblieben, so daß wir nach Annahme des Entwurfs ein oder mehrere Schlichtungsämter in jedem Kreise, Landeslichtungsämter in den einzelnen Ländern oder Provinzen und ein Reichsschlichtungsamt erhalten werden.

In dem Entwurf fehlt leider jede Bestimmung, die die Beachtung der Schlichtungsordnung sichert. Diese ist vielmehr allein von dem guten Willen der Parteien abhängig gemacht, weil keinerlei Schutz- und Strafbestimmungen getroffen sind. In der Begründung ist gesagt, daß die Durchführung derartiger Schutzbestimmungen bzw. die Einführung von Geldbußen für Streiks und Aussperrungen, welche gegen die Bestimmungen der Schlichtungsordnung verstoßen, zweckmäßig einem neuen Tarifvertragsgesetz überlassen bleiben müßte.

Des weiteren ist in der Begründung gesagt, daß die Zwangsdurchführung mittels Strafen versagen würde, wie dies auch in Australien der Fall gewesen sei. Leider wird aber die Einzelheiten der australischen Gesetzgebung und der angeblich mit ihr gemachten Erfahrungen nicht mitgeteilt, so daß sich ohne weiteres ein Urteil über den Wert der australischen Erfahrungen noch nicht abgeben läßt. Tatsächlich sieht das norwegische Gesetz wie auch das rumänische Gesetz einen Durchführungszwang und Strafen vor. Dasselbe ist der Fall bei den noch nicht verabschiedeten Entwürfen einer französischen Schlichtungsordnung.

und der tschechoslowakischen Schlichtungsordnung. Zum mindesten für gemeinnützige Betriebe müßten die vom Reichs-Landbund dringlich geforderten Schutzbestimmungen geschaffen werden.

Der vorliegende Entwurf ist also vollkommen wertlos, da er weder einen Schutz vor wilden Streiks schafft, noch die beteiligten Verbände irgendwie bindet. Unter diesen Umständen ist es fraglich, ob es nicht besser wäre, auf die Schaffung eines umfangreichen neuen Behördenapparates ganz zu verzichten, und vielleicht sogar auch die bisherigen amtlichen Schlichtungsaußenstellen abzubauen, und dafür die Regelung des Schlichtungsverfahrens ausschließlich den beteiligten Verbänden bzw. den von diesen tariflich vereinbarten Schlichtungsstellen und Tarifämtern zu überlassen.

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder holländische Kronen, 100 tschechische, belgische und französische Francs, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Preis“ = angeboten; „Gold“ = gekauft.)

Börsenplätze	10. 5.	9. 5.	Stand
	Geld	Preis	
Dänemark .. Gulb.	10936,3	10963,70	11113,9
Dänemark .. Kron.	0042,40	6057,60	6122,0
Schweden .. Kron.	7305,85	7324,15	7415,70
Norwegen .. Kron.	5313,35	5326,65	5408,20
Schweiz .. Frank.	5480,60	5491,40	5578,00
Österreich .. Sch.	283,14	283,86	288,18
Frankreich .. Frank.	2601,70	2608,30	2624,20
Belgien .. Frank.	2382,00	2388,00	2374,50
Italien .. Lire	1513,10	1516,90	1523,05
Ungarn .. Kron.	8,30 1/2	8,34 1/2	8,47
Ungarn .. Kron.	8,88	8,95	8,70
England .. Pfund	542,80	548,70	554,30

Berlin, 10. Mai. (Stand der Börsen der Mark) Polenmarkt an der heutigen Börse mit 7,00 W. bewertet.

* Berliner Produktionsbörse vom 10. Mai. Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station Weizen, märkischer 715-720. Matter. Roggen, märkischer 525-530. Matter. Sommergerste 610-640. Steig. Hafer, märkischer 580-585. Matter. Mais ohne Probentanzangabe Mai 465-470 ab Hamburg. Matter. Weizenmehl pro 100 Kilogramm 1775-1900, feinstes Marken über Notiz bezahlt. Matter. Roggenmehl pro 100 Kilogramm 1175-1290. Geschäftlos. Weizenkleie 410-420. Mägen. Roggenkleie 415 bis 425. Mägen. Erbsen, Victoria 640-675. Kleine Speiseerbsen 560-575. Futtererbsen 540-560. Bohnen, kleine 525-550. Serradella, neue 975-1000. Nudeln 415-440. Trockenkorn. 365-380. Linsen 30-70 165-175. Rohschrot. (Nichtamt.) Grobhandelspreise pro 50 Kilogramm ab Station: drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 120-127, dergl. Haferstroh 120 bis 127, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 110-117, gebündeltes Roggenlangstroh 122-130, lages und gebündeltes Krummstroh 88-94, Hädel 150-160, handelsfähl. Heu 220 bis 230, gutes Heu 240-255.

* Der deutsche Export über Ungarn. In der deutsch-ungarischen Handelskammer in Budapest hielt der Sekretär der Handelskammer einen Vortrag über die deutsch-ungarischen Handelsbeziehungen und führte aus, daß nach Verrückung der verschiedenen Verkehrshindernisse und nach dem Ausbau des Donau-Rhein-Kanals Ungarn der Sammelplatz des nach dem Balkan gerichteten deutschen Exportes sein werde.

* Freie Kohleneinfuhr? Nach einer Mitteilung der Frankfurter Handelskammer soll auf Grund eines Rundschreibens des Reichskommissars für Rohlenverteilung die Einfuhr für Kohlen aus dem Auslande nunmehr gestattet sein. Dem Großhandel wird auf Ersuchen die Einfuhrerlaubnis erteilt. Steuern und Zölle werden auf diese Auslandskohle nicht erhoben. Für die einführende Firma besteht nur die Verpflichtung, die Verbraucher oder Zwischenhändler dem Reichskohlenkommissar nachzuweisen.

Arbeiter und Angestellte.

Dortmund. (Der Streik im Ruhrgebiet) Auf einigen Zechen des Zentralreviers (zwischen Dortmund und Gelsenkirchen) sind etwa 20.000 Arbeiter in den Ausstand getreten. Der Grund des Streiks ist darin zu sehen, daß die Zeche Dorstfeld den Vorstehenden ihres Betriebsrats entlassen hatte, weil er einen Anschlag am Brett des Betriebes an die Verwalterschaft gerichtet hatte, worin er sie aufforderte, am 1. Mai zu feiern, und weil er den Revierleiter, als dieser ihn aufforderte, den Anschlag als unzulässig zu entfernen, tätlich beleidigte.

Wien. (Kundigungen im Metallgewerbe.) Die Vollversammlung der Wiener Metallindustriellen beschloß, die Kollektivverträge für Arbeiter und Angestellte der Wiener Metallindustrie mit Wirksamkeit vom 9. August für die Arbeiter und vom 30. Juni für die Angestellten zu kündigen. Die Wiener Metallindustrie umfaßt etwa 65 Prozent der gesamten Wiener Industrie.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Eine Beleidigungsklage Wilhelms II. Ein von Karl Sternheim verfaßtes Buch mit dem Titel „Ein von Karl Sternheim verfaßtes Buch“ (Verlag der „Nation“) Veranlassung gegeben. Sternheim hat in seinem Buch des Kaisers Beleidigungsklage seine Memoiren „Hofen“ lassen und gibt eine satirische Schilderung der politischen Verhältnisse in Petersburg, London und Berlin. Der frühere Kaiser läßt sich durch die Form und den Inhalt der Satire beleidigt.

§ Prozeß wegen Beihilfe zur Flucht des Oberleutnants Volbt. Zwei Gefängniswächter und ein Bureauchef, die beschuldigt waren, durch Fahrlässigkeit die Flucht des feinerzeit vom Reichsgericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilten Oberleutnants z. S. Volbt — eines der von der Entente benannten „Kriegsverbrecher“ — ermöglicht zu haben, wurden vom Landgericht Hamburg freigesprochen.

§ Ein sechzehnjähriger Raubmörder. Von der Strafkammer in Krefeld wurde der 16-jährige Raubmörder Friedrich Wesselmeier zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte den Knecht Johann Nikolai, mit dem er zusammen auf einem Gut in der Nähe von Krefeld beschäftigt war, ermordet, um sich dessen Sparkastenbuch aneignen zu können. Der jugendliche Verbrecher hatte die Tat mit größter Brutalität ausgeführt und hat weder bei seiner Verhaftung noch während des Prozesses, der wegen des jugendlichen Alters des Angeklagten vor der Strafkammer verhandelt werden mußte, Reue gezeigt.

§ Der Gerichtshof in der Tinte. Ein roboter Angeklagter rief während einer Verhandlung im Berliner Kriminalgericht nicht geringe Aufregung hervor. Der Mann, ein Arbeiter namens Glafmann, hatte sich wegen Diebstahls im Brauereischaffen der Tinte zu verantworten, wurde aber trotz seiner Verurteilung nur zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Das war ihm jedoch auch noch zu viel, und er nahm fürchterliche Mache. Mit einem Sahsprang er plötzlich über die Schranken der Anklagebank hinweg, rief dem nichtschneidenden Amtsanwalt das Barett vom Kopf und warf mit den auf dem Richtertisch stehenden Tintenfässern um sich, so daß der ganze Gerichtshof entsetzt davonlief. Als zwei Justizwachmänner den Rasenden festhalten wollten, ergoß sich auch über sie die Tintenflut. Als der Angeklagte schließlich überwältigt und in eine Zelle gesperrt wurde, schlug er dort sämtliche Fensterscheiben entzwei, wobei er sich erhebliche Verletzungen zuzog.

Wetter-Aussichten

für mehrere Tage im Voraus.

14. Mai. Sonne, Wolkenzug, normal temperiert.
15. Mai. Wenig verändert.
16. Mai. Sonne, teils stark wolkig, schwül, vielfach Gewitter.
17. Mai. Wolken, Sonne, ziemlich kühl windig, Strichweis Regen.
18. Mai. Raum verändert.
19. Mai. Wolken, kühl, teils Sonne, Regenfälle.
20. Mai. Veränderlich, kühl.

Schriftleitung: W. B. B. Halver i. Westf.

Freiwillige Feuerwehr Carthausen.
Sonntag, den 14. Mai ab morgens 7 Uhr
Uebung.
Antreten sämtlicher Mannschaften unbedingt erforderlich
Das Kommando.

Ziegenzucht-Verein Schalksmühle
Versammlung
Samstag, den 13. Mai abends 7 Uhr im Lokale Hugo Hafer, Rothhausen.
Der Vorstand.

Bienenzuchtverein Schmidhausen-Kommert.
Samstag, den 13. Mai abends 7 Uhr im Gasthof „zum Adler“ Halver
Versammlung.
Der Vorstand.

Wir stellen sofort einige jüngere
Arbeiter und Arbeiterinnen
ein.
Gliper
Fasson-Dreherei
G. m. b. H.
Brägg-Winkhausen.

August Baack
Mariechen Baack
geb. Gehrmann
Vermählte
Halver, 12. Mai 1922.

M.-G.-V. „Germania“ Hohenplanken
gegr. 1875 — Dirigent: Herr A. Homringhaus, Barmen-Langerf.
Sonntag, den 14. Mai, nachmittags 5 Uhr beginnend, im Saale des Herrn Emil Schulte, Ennepe

Konzert mit nachfolgendem **Ball.**
unter Mitwirkung der Feuerwehrkap. Halver.
Zu zahlreichem Besuch, auch der Ehren- und passiven Mitglieder, ladet freundl. ein
DER VORSTAND.

Tapeten
neueste Muster in reicher Auswahl
Fußbodenlackfarbe
[in Friedensqualität]
sowie alle **Farben**
trocken u. streichfertig empfiehlt
Halverscher Medizinal-Drogerie
Carl Menke.

Habe stets auf Lager:
Damen-Kleider
Damen-Mäntel
Kostümröcke
Blusen
Herren-Anzüge
gesteifte Hosen
Sommer-Jacken
usw. usw.
Paul Schulte, Halver-
Oberherweg Nr. 1

Verdingung.
Die Erd- und Maurerarbeiten zum Neubau einer vierklassigen Volksschule in Aierspe sollen vergeben werden. Angebotsformulare können auf Zimmer 7 des Amtshauses abgeholt oder durch die Post bezogen werden.
Die Angebote sind verschlossen bis Mittwoch, den 17. Mai 1922 vormittags 10 Uhr auf dem Bauamt einzureichen, wo die Öffnung im Beisein der Bieter erfolgt.
Aierspe, den 10. Mai 1922
Der Amtmann.

Empfehle
Zigarren :: Zigaretten
Rauchtabake
Echte Brügere-Pfeifen und -Mugen
Schokolade
Robert Schilling,
Halver, Berlinerstr. 56.

Personen- und Lastkraftwagen
zu kaufen gesucht.
Ausführliche Angebote unter I. M. Nr. 1050 an die Geschäftsstelle des Allg. Anz. Halver erbeten

ZahnAtelier
Anfertigung von Gebissen, Plomben, Reinigen der Zähne, Zahnziehen mit Betäubung.
Fritz Hedderich
Halver i. Westf.
Fernruf Nr. 207.
Für Industrie und Handel Geld in jeder Höhe gibt und
notleidende Betriebe kauft
Finanzierung u. Kommission G. m. b. H.
Berlin S. W. 68.

Ordl. evgl. Mädchen
welches in allen Hausarbeit erfahren ist u. bürgerl. Koch kann, für 11 Familie (3 er Pers.) z. bald. Eintritt gesucht
Frau Carl Gvinghaus,
Hagen, Alleestraße 37.

Grabdenkmäler
in allen gebräuchlichen Steinarten nach eigenen und gegebenen Entwürfen.
Stein- und Bildhauerei
Peter Horn
Wipperfurth.

EUGEN KAPPES
Wipperfurth Unterstr. 17 I. Etage
Herren- u. Damen-Stoffe für Anzüge, Paletots, Hosen, Mäntel und Kostüme sowie sämtliche Futterstoffe und Bedarfsartikel für die Herren- und Damenschneiderei zu vorteilhaften Preisen.

Briefpapier
lose in Mappen u. Kartons in verschiedenen Preislagen stets vorrätig.
Fr. Herm. Bohmer Schalksmühle.
Preislisten, Kataloge
für die Klein-eisenindustrie werden als Spezialität schnell und preiswert angefertigt. Stell hierzu aus meinem großen Vorrat Clichés kostenlos zur Verfügung.
Wm. Bell Jr., Halver i. Westf.